**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 50 (1971)
**Heft:** 12

**Buchbesprechung:** Blick in die Zeitschriften
**Autor:** Brügel, J.W.

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

sehen – damals richtig einschätzte. Wir stellen das nicht aus parteipolitischer Voreingenommenheit fest. Natürlich würde eine genaue Überprüfung alles dessen, was in den Hitlerjahren geschrieben wurde, auch da manche Fehleinschätzung zutage fördern, aber es bleibt doch eine Tatsache, dass zum Beispiel die *«Berner Tagwacht»* konsequent die Dinge im September 1938 extrem pessimistisch sah und immer von einer Kapitulation der Westmächte sprach, die die Tschechoslowakei um ein Linsengericht verkauft hätten. Der Verrat an der Tschechoslowakei, schrieb das Blatt – und die anderen Parteiblätter haben sich nicht viel anders geäussert –, sei verbunden gewesen mit einem Triumph der nackten Gewalt.

Wer würde heute bezweifeln, dass die damalige Einstellung der Schweizer sozialdemokratischen Presse nicht nur dem wahren Sachverhalt gerecht wurde, sondern auch im wohlverstandenen Interesse des eigenen Landes lag? *J. W. Brügel*

## Blick in die Zeitschriften

### Hinweise

Obwohl die Zahl der in Österreich beschäftigten Fremdarbeiter im Vergleich zur Schweiz recht bescheiden ist, finden die damit zusammenhängenden Probleme auch dort immer grössere Beachtung. Anhand der im August 1971 veröffentlichten Zahlen – die ausländischen Arbeitskräfte hatten sich innerhalb eines Jahres von 96 000 auf 155 000 erhöht – lässt sich ermessen, dass in Österreich bald ähnliche politische Auseinandersetzungen zu erwarten sind, sofern man nicht aus den Fehlern der Schweiz zu lernen gewillt ist. In dem in Wien monatlich erscheinenden Gewerkschaftsorgan *«Arbeit und Wirtschaft»* (Oktober) äussern sich zum Gastarbeiterproblem Ernst Moravec, Erich Hofstetter, Felix Slavik und Josef Hindels.

Kanada dürfte ein Land sein, über das in politischen Zeitschriften – mit Ausnahme des Sprachenstreites – wenig berichtet wird. Es ist daher nicht uninteressant, über einige wirtschaftliche Aspekte dieses grossen Landes orientiert zu werden. In der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche Deutschlands, *«stimme»*, Heft 21, findet sich ein sehr informativer Beitrag von Hermino Schmidt über den «Heimlichen Ausverkauf Kanadas». In einem Regierungsreport für das Jahr 1968 wurde festgestellt, dass sich bereits 76 Prozent der grössten kanadischen Firmen unter ausländischer Kontrolle befinden. Allein im vergangenen Jahr erwarben US-Käufer 104

kanadische Firmen. Damit stieg das US-Eigentum in Kanada auf 34,3 Milliarden Dollar. Nachdem die Kanadier über Jahrzehnte die US-Wirtschaftsinvasion resigniert hinnahmen, versuchen nun die Behörden, mit drastischen Mitteln den Ausverkauf zu stoppen.

Mit grosser Beunruhigung nehmen die Gewerkschaften aller Länder die anhaltende Expansion der multinationalen Konzerne zur Kenntnis. In der Oktobernummer der *«Frankfurter Hefte»* gibt Rudolf F. Kuda mittels Zahlen einige Einblicke in die «Multinationale Konzentration in Europa». Die Produktion dieser Gesellschaften ausserhalb ihrer eigenen Länder wächst jährlich um 10 Prozent. Damit ist ihre Steigerungsrate doppelt so hoch wie die des Bruttosozialproduktes der westlichen Welt. Auf Grund der immer stärker werdenden Herausforderung der multinationalen Konzerne entwickelt der Autor zuhanden der Gewerkschaften einige Vorschläge für Abwehrmassnahmen.

Über die Radikalisierung in Nordirland berichtet die Oktobernummer des Wiener *«Tagebuches»*. Die in dem veröffentlichten Brief aus Belfast gezogenen Schlussfolgerungen sind allerdings nicht sehr ermutigend. Als einzige Lösungsmöglichkeit sieht der Autor die Entfaltung einer allgemeinen Klassenbewegung in Süd- und Nordirland – und in Grossbritannien. Diesem gemeinsamen Weg steht allerdings der Abgrund entgegen, der zwischen katholischen und protestantischen Arbeitern klafft. Der Träger einer solchen Bewegung könnte in erster Linie die irische Labour Party sein, deren Profil von Anton Pelinka in der Halbmonatsschrift *«Die Zukunft»* (Wien), Nummer 19/20, beschrieben wird.

In den letzten Jahren wurde in unserer Presse der innersowjetischen Opposition recht viel Platz eingeräumt. Leider handelt es sich dabei sehr oft um aufgebauschte, unseriöse Berichte, die zudem Einzelpersonen (Solschenizyn, Daniel, Sinjawski, Ginsburg, Litwinow, Nekritsch, Jakir, Grigorenko, Sacharow und andere mehr) oder Detailaspekten gewidmet sind und waren. In Heft 5 der *«Schweizer Rundschau»* (Solothurn) versucht nun Wolfgang Leonhard, unter der Überschrift «Samisdat und die innersowjetische Opposition» einen Gesamtüberblick zu geben. Praktisch das selbe Thema, «Zur Lage der nonkonformen literarischen Intelligenz in der UdSSR», behandelt Peter Hübner in der Oktobernummer der in Stuttgart erscheinenden Monatsschrift *«osteuropa»*. Trotz einer gewissen Einschränkung im Titel wird hier das Thema umfassender, aber auch detaillierter behandelt als in der «Schweizer Rundschau». Beide Arbeiten vermitteln jedoch dem Leser ausgezeichnete Informationen.

**Vincent Auriols Tagebuch**

Vincent Auriol, *Mon Septennat 1947–1954*. Herausgegeben von Pierre Nora und Jacques Ozouf. Verlag Gallimard, Paris 1970. 610 Seiten, Preis 36 fr.

Vincent Auriol (1884–1966) war das bisher einzige sozialistische

Staatsoberhaupt Frankreichs, und auch er wäre nicht gewählt worden, wenn nicht zur Zeit der Präsidentenwahl Anfang 1947 Léon Blum Chef einer kurzlebigen sozialistischen Minderheitsregierung gewesen wäre. Blum war der «Entdecker» und Förderer Auriols, der ihn zum Finanzminister seiner ersten Volksfrontregierung machte und ihn für die Präsidentschaft nominierte. Auriol hat auch in Blum immer seinen grossen Lehrmeister gesehen und hat sich von ihm in den meisten Fragen leiten lassen. Während seiner Präsidentschaftzeit (1947–1954) hat Auriol ein genaues Tagebuch über alle seine Unterredungen und Entscheidungen geführt, das in sieben umfangreichen Bänden im Laufe der nächsten Jahre herauskommen wird. Der erste Band, der das Jahr 1947 behandelt, ist bereits erschienen.

Ausserdem wurde ein 600 Seiten umfassender Auswahlband aus den Tagebüchern veröffentlicht, der sehr interessante Hinweise auf die französische Innenpolitik und die weltpolitische Entwicklung während der Präsidentschaft Auriols enthält. Als er sein Amt antrat, waren die Kommunisten noch Mitglieder der französischen Regierung, doch gelang es dem damaligen sozialistischen Regierungschef Paul Ramadier bald, sie aus der Regierung zu verdrängen, wenn es danach auch noch Jahre dauerte, ehe die Folgen der kommunistischen Infiltration in den Staatsapparat liquidiert werden konnten. Vor Auriol hatte Nachkriegsfrankreich überhaupt kein Staatsoberhaupt, und de Gaulle, der praktisch diese Funktion ausübte, hatte sich 1946 zum erstenmal grollend in sein ostfranzösisches Dorf zurückgezogen. Auriols Aufgabe war es, die Autorität der französischen Republik wiederherzustellen und sie nicht nur gegen die Kommunisten, sondern auch gegen den Ansturm der damals von de Gaulle aufgezogenen oder hinter ihm stehenden faschistoiden Bewegung zu verteidigen. Die Tagebuchblätter geben einen guten Begriff davon, mit welcher Würde und Entschiedenheit Auriol die Interessen von Republik und Demokratie wahrgenommen hat. Die autokratischen Allüren de Gaulles werden von Auriol sehr treffend in dem Tagebuch kritisiert, dessen Hauptwert in der Charakterisierung der französischen Politiker liegt, die in dieser Zeit der ewig wechselnden Regierungen im Vordergrund standen.

Natürlich ist sehr viel von den französischen Sozialisten, vor allem von Léon Blum, Paul Ramadier, Jules Moch und Guy Mollet die Rede. In zwei nicht unwichtigen Fragen ist Auriol den Parolen Léon Blums nicht gefolgt. Blum, im Krieg Insasse eines deutschen Konzentrationslagers, hatte seinen Glauben an eine nachhitlerische deutsche Demokratie auch zu einem Zeitpunkt nicht verleugnet, in dem noch niemand daran denken konnte, dass ein Heinemann Bundespräsident und ein Brandt Bundeskanzler werden könnte. Auriol dagegen hat in seiner Amtszeit sein Misstrauen gegen die Deutschen im allgemeinen nicht überwinden können und dieses auch auf die SPD erstreckt, doch würde er wahrscheinlich anders urteilen, wenn er heute noch am Leben wäre.

Zu Auriols Amtszeit hatte man in Frankreich noch immer die Hoffnung, dass das damalige Indochina (Vietnam, Laos und Kambodscha) in irgendeiner Form mit Frankreich verbunden bleiben könnte. Auriol liess sich verleiten, den heute vergessenen Bao Dai als Gegenspieler Ho-Chi-Minhs herauszustellen. Bao Dai (geboren 1913) war bis 1945 nomineller Kaiser von Annam, in Wirklichkeit aber nur ein Aushängeschild der französischen Kolonialverwaltung gewesen. Wegen Kollaboration mit den Japanern musste er 1945 zurücktreten und wurde später von den Franzosen aus Hongkong zurückgeholt, um ein unabhängiges Indochina innerhalb der damals noch bestandenen «Französischen Union» autbauen. Bald stellte sich heraus, dass er mangels jeder Unterstützung im Lande für diese Aufgabe völlig ungeeignet war. Blum und Guy Mollet waren im Gegensatz zu Auriol der entgegengesetzten Illusion verfallen, dass nämlich Ho-Chi-Minh bereit sein könnte, ein mit Frankreich verbundenes Vietnam zu schaffen. Rückblickend ist es nicht schwer festzustellen, dass die Spekulation mit Bao Dai verfehlt war, aber es ist viel schwerer zu sagen, wie man unter den damaligen Verhältnissen einem Sieg der Kommunisten hätte vorbeugen können.

An einer Stelle des Tagebuchs zitiert Auriol eine Vorkriegsäusserung des deutschen Sozialdemokraten Rudolf Breitscheid. Die Herausgeber sagen in einer Fussnote, dass er als Opfer eines alliierten Luftangriffs im KZ Buchenwald umkam. In Wirklichkeit wurde Breitscheid von den Nazi ermordet. Das für französische Leser weit wichtigere Faktum, dass er von der Vichy-Regierung an die Gestapo ausgeliefert worden war, kommt aber in der Fussnote nicht vor. Es ist beschämend, dass eine solche Tatsache, für die schliesslich lediglich die Vichy-Regierung verantwortlich ist, soweit feststellbar, in keiner französischen Nachkriegspublikation auch nur erwähnt wird.

Wie weit Frankreich im Laufe der Jahre nach rechts gerückt war, kann man dem Umstand entnehmen, dass das Land am Ende von Auriols Präsidentschaftszeit keinen geeigneten Nachfolger besass, dass aber niemandem die naheliegende Lösung einzufallen schien, Auriol für weitere sieben Jahre im Amt zu behalten. Er selbst hat zwar eine neuerliche Kandidatur abgelehnt, aber durchblicken lassen, dass er sich einem an ihn ergehenden Rufe nicht verschliessen würde. Obwohl das Nachfolgeproblem die grössten Schwierigkeiten bereitete und der farblose Kompromisskandidat René Coty erst im dreizehnten Wahlgang gewählt werden konnte, ist es doch aus politischer Voreingenommenheit gegen einen guten und würdigen, aber linksstehenden Repräsentanten der Republik, niemandem eingefallen, an Auriol zu appellieren. Frankreich und der Welt hat es geschadet, dass man leichtfertig auf seine weiteren Dienste verzichtet hat. Seiner Bedeutung hat es keinen Abbruch getan.

J. W. Brügel (London)